



Rüsselsheim, den 13.09.2018

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 06.09.2018 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Antrag zur Verweisung: Antrag des Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer - Antrag Nr. 32 - Bewohnerparkzone

Der vorliegende Antrag des Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer –Antrag Nr. 32 – Bewohnerparkzone – wird einstimmig bei 2 Stimm-Enthaltungen an den Magistrat und die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung verwiesen.

TEIL I

TOP 3 Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme Erster Sachstands- und Zwischenbericht zum Konzept: "Sprachförderung in Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim am Main" (Zeitraum Januar 2017 bis Mai 2018) DS-Nr. 356/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht (Anlage 1) zur Kenntnis und nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass im Jahr 2017 beschlossenen Konzept in Hinblick auf die systematisch methodische Erhebung von Sprachförderbedarf und Dokumentation so ergänzt wird (Punkt 3.2.1), dass neben den bisher verwendeten Beobachtungsbögen des Deutschen Jugendinstituts auch „Der Beobachtungsbogen „Sprachentwicklung von 1 – 6 Jahren“ von Schlaaf-Kirschner und Fege-Scholz angewandt werden kann (Anlage 2).

**TOP 4 Zwischenbericht zur Bearbeitung von Anträgen
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
Bezug: I. Haushaltsantrag Nr. 41 - Stadtpolizei - StV-Beschluss vom
15.12.2016
II. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Rüsselsheimer
Innenstadt, Antrag der WsR-Fraktion vom 10.10.2016 sowie
Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2016, StV-Beschluss
vom 03.11.2016
DS-Nr. 357/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Zwischenbericht zur Bearbeitung von Anträgen; Bezug: I. Haushaltsantrag Nr. 41 – Stadtpolizei – StV-Beschluss vom 15.12.2016; II. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Rüsselsheimer Innenstadt, Antrag der WsR-Fraktion vom 10.10.2016 sowie Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2016, StV-Beschluss vom 03.11.2016 – DS 357/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 5 Änderung des Stellenplans 2019 für den Fachbereich Umwelt und
Planung, Bereich Grünplanung (Teilhaushalt 130412000 – Natur und
Umweltschutz)
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
Bezug: Haushaltsantrag Nr. 47 der SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen
und Die Linke/Solidarität-Fraktionen vom 18.02.2018
DS-Nr. 367/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Änderung des Stellenplans 2019 für den Fachbereich Umwelt und Planung, Bereich Grünplanung (Teilhaushalt 130412000 – Natur und Umweltschutz); Bezug: Antrag Nr. 47 der SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität-Fraktionen vom 18.02.2018 – DS 367/16-21 – zur Kenntnis, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 6 Jahresbericht Frühe Hilfen
DS-Nr. 373/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht Frühe Hilfen 2017 – DS 373/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 7 Jahresbericht Schulsozialarbeit an Grundschulen für die Schuljahre
2015/2016 und 2016/2017
DS-Nr. 374/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht Schulsozialarbeit an Grundschulen für die Schuljahre 2015/2016 und 2016/2017 – DS 374/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 8 Ganztagsangebot Grundschule Königstädten (Pakt für den
Nachmittag)
- Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 375/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Ganztagsangebot der Grundschule Königstädten (Pakt für den Nachmittag) – DS 375/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 9 Finanzbericht - 1. Halbjahr 2018
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 377/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Finanzbericht 1. Halbjahr 2018 – DS 377/16-21 – wie folgt zur Kenntnis.

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Finanzbericht für das 1. Halbjahr 2018 zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt ebenfalls zu Kenntnis, dass die Vorgaben des Kommunalen Schutzschirms bis zum Jahresende eingehalten werden können.

**TOP 10 Prüfung des Jahresabschlusses 2017
Auswahl einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
DS-Nr. 355/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 355/16-21 – Prüfung des Jahresabschlusses 2017 – Auswahl einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 11 Verbindliche Bauleitplanung
Bebauungsplanverfahren Nr. 38, „Flur 6, 1 Änderung“
hier: 1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 BauGB
2. Auslegungsbeschluss gem. § 13a BauGB und Beteiligung der
Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
DS-Nr. 360/16-21**

Zur DS 360/16-21 – Verbindliche Bauleitplanung – Bebauungsplanverfahren Nr. 38, „Flur 6, 1. Änderung“; hier: 1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 BauGB, 2. Auslegungsbeschluss gem. § 13a BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB – beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern I.1. bis I.7. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 12 Verbindliche Bauleitplanung
Bebauungsplanverfahren Nr. 8/3, „Böllensee-Siedlung, 3. Änderung“
Hier: 1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1
BauGB
2. Auslegungsbeschluss gem. § 13a BauGB und Beteiligung der
Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
DS-Nr. 361/16-21**

Zur DS 361/16-21 – Verbindliche Bauleitplanung – Bebauungsplanverfahren Nr. 8/3, „Böllensee-Siedlung, 3. Änderung“; hier: 1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 BauGB, 2. Auslegungsbeschluss gem. § 13a BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB – beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern I.1. bis I.7. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 13 Ideenwettbewerb „Friedensplatz bis Löwenplatz – Umsetzung des
StVV- Beschlusses vom 12.07.2016 Durchführung eines Wettbewerbes
Bezug: Kenntnisnahme des Ergebnisses des Wettbewerbes und
weiteres Vorgehen
DS-Nr. 363/16-21**

Zur DS 363/16-21 – Ideenwettbewerb „Friedensplatz bis Löwenplatz“ – Umsetzung des StVV-Beschlusses vom 12.07.2016 – Durchführung eines Wettbewerbes; Bezug: Kenntnisnahme des Ergebnisses des Wettbewerbes und weiteres Vorgehen – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer 1. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer 2. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 14 Antrag – Für mehr Fahrradständer am und um den Bahnhofplatz
Bezug: Antrag Nr. 15 der CDU-Fraktion vom 15.05.2017
DS-Nr. 364/16-21**

Zur DS 364/16-21 – Antrag – Für mehr Fahrradständer am und um den Bahnhofplatz; Bezug: Antrag Nr. 15 der CDU-Fraktion vom 15.05.2017 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A. 2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B.3. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 15 Maßnahmen zur Umsetzung des
Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes des Landes und des
Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes
hier: Festlegung der Maßnahmen zur Anmeldung
DS-Nr. 366/16-21**

Zur DS 266/16-21 – Maßnahmen zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes des Landes und des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes; hier: Festlegung der Maßnahmen zur Anmeldung – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B 2.1 einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 16 Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 - 2021
hier: Stellvertreter*in für Die Linke/Liste Solidarität-Fraktion
DS-Nr. 368/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 368/16-21 – Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 – 2021; hier: Stellvertreter*in für Die Linke/Liste Solidarität Fraktion – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TEIL II

**TOP 17 Vorhabenbezogener Bebauungsplan V+E9 "Nahversorgung Königstädten"
hier: Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB am Verfahren
DS-Nr. 358/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 41 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 1 Stimm-Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Das Ergebnis der frühzeitigen Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange und der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Der Geltungsbereich des Verfahrens beinhaltet die Flurstücke 242/8 (teilweise), 280/1 (teilweise), 294 (teilweise), 298/1, 298/2, 299 in der Gemarkung Königstädten Flur 8 sowie 348 (teilweise) in der Flur 9 und 108/4 (Teilweise) in der Flur 10 und ist in Anlage 2 dargestellt.
3. Die Auslegungsfassung, bestehend aus dem Bebauungsplanentwurf (Anlage 3), den textlichen Festsetzungen und der Begründung (Anlage 4) ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
4. Die Auslegungsfassung, bestehend aus dem Bebauungsplanentwurf (Anlage 3), den textlichen Festsetzungen und der Begründung (Anlage 4) ist den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zuzuleiten.
5. Die Ergebnisse der Entscheidung zur Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der erfolgten frühzeitigen Unterrichtung ist den Trägern öffentlicher Belange mitzuteilen. Gleichzeitig wird ihnen gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eine weitere Möglichkeit der Eingabe von Stellungnahmen zur Auslegungsfassung für die Dauer eines Monats gewährt.

TOP 18 Bebauungsplanverfahren Nr. V+E9 Bezeichnung "Nahversorgung Königstädten"
hier: Verkehrserschließung EDEKA Königstädten, Antrag Nr. 8 der CDU Fraktion vom 23.01.2017
DS-Nr. 359/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung folgenden Beschluss:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Antrag Nr. 8 der CDU-Fraktion vom 02.02.2017 zur Kenntnis.

B. Beschluss

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, einen Kreisverkehr an der Zufahrt zum Edeka Gelände errichten zu lassen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Antrag Nr. 8 der CDU-Fraktion mit diesem Bericht als erledigt.

TOP 19 Verbindliche Bauleitplanung
Beschluss über die Veränderungssperre für das Gebiet des in
Aufstellung befindlichen Bebauungsplanverfahren Nr. 71, „Innenstadt-
Nord“, Schäfergasse
DS-Nr. 362/16-21

Zur DS 362/16-21 – Verbindliche Bauleitplanung – Beschluss über die Veränderungssperre für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanverfahrens Nr. 71, „Innenstadt-Nord“, Schäfergasse – beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer I.1. mit 39 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

TOP 20 Forderungen der Stadt Rüsselsheim am Main für einen hinreichenden
Schutz der Fluglärm betroffenen Bevölkerung vor erheblichen
Belästigungen und Gesundheitsgefahren anlässlich der Evaluation
des Fluglärmschutzgesetzes
Stellungnahme zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur
Evaluierung des Fluglärmschutzgesetzes
DS-Nr. 365/16-21

Zur DS 365/16-21 – Forderungen der Stadt Rüsselsheim am Main für einen hinreichenden Schutz der fluglärm betroffenen Bevölkerung vor erheblichen Belästigungen und Gesundheitsgefahren anlässlich der Evaluierung des Fluglärmschutzgesetzes – Stellungnahme zum Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung zur Evaluierung des Fluglärmschutzgesetzes – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. mit 29 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 21 Verbindliche Bauleitplanung, Gemarkung Rüsselsheim
Verfahren der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB
Bebauungsplan-Änderungsverfahren Nr. 9/7 „Friedrich- Ebert-
Siedlung, Sophie- Opel-Schule mit Sportflächen, 7. Änderung“
hier: Auslegungsbeschluss zur Durchführung der Beteiligung der
Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange am Verfahren gemäß §§ 3(2) u. 4 (2)
BauGB i. V. mit § 13a BauGB.
DS-Nr. 370/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 26 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und 5 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Die eingegangenen Stellungnahmen aus der erfolgten frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Planungsstand vom Oktober 2017 werden gemäß Anlage 1 beschieden.
2. Die durch die Abwägung aus Anlage 1 sich ergebenden Inhalte wurden in die Planung eingearbeitet.
3. Der räumliche Geltungsbereich (Anlage 2) des Bebauungsplan-Änderungsverfahrens Nr. 9/7 umfasst eine Fläche von ca. 70.382 qm. Er liegt in der Gemarkung Rüsselsheim in Flur 12 und 13 und beinhaltet die nachfolgenden Flurstücke teilweise anteilige Flächen aus:
In Flur 12: 723/39; 723/41; 914/4; 1050/3; in Flur 13: 100/20; 100/23; 100/36; 115/7; 116/2; 325/3; 326/3.
4. Das Verfahren trägt die Ziffer Nr. 9/7 mit der Bezeichnung „Friedrich-Ebert-Siedlung, Sophie-Opel-Schule mit Sportflächen, 7. Änderung“.
5. Der Entwurf zum Bebauungsplan-Änderungsverfahren Nr. 9/7, „Friedrich-Ebert-Siedlung, Sophie-Opel-Schule mit Sportflächen, 7. Änderung“, bestehend aus dem Geltungsbereich (Anlage 2),
6. dem Bebauungsplanentwurf (Anlage 3), den textlichen Festsetzungen (Anlage 4) und der Begründung (Anlage 5) wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
7. Die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die zweite Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 3 (2) und § 4 (2) i. V. mit § 13a BauGB durchgeführt.
8. Das Verfahren wird nach § 13a BauGB für Maßnahmen der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren durchgeführt.
Gemäß § 13a (2) Satz 1 BauGB wird von einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 (2) BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

**TOP 22 Masterplan für die Stadt Rüsselsheim am Main mit dem Thema "Nachhaltige Mobilität für die Stadt" (Green City-Plan) - Reduzierung Luftschadstoff
DS-Nr. 371/16-21**

Zur DS 371/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 04.09.2018 vor.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 04.09.2018:

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität:

„In B.1. wird im letzten Satz die Formulierung:

*„Beratungs- und beschlussbedürftige Maßnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung nach entsprechender Ausarbeitung durch die Verwaltung vorzulegen.“
ersetzt durch:*

„Alle in der Drucksache angeführten Maßnahmen sind vor der Umsetzung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.“

wird einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die DS 371/16-21 einschl. der zuvor beschlossenen Änderung:

Zur DS 371/16-21 – Masterplan für die Stadt Rüsselsheim am Main mit dem Thema „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ (Green-City-Plan) – Reduzierung Luftschadstoff – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. (einschl. der zuvor beschlossenen Änderung) bis B.3. mit 30 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

TOP 23 Antrag der Fraktion WsR - Mittel für die Sanierung der Walter-Flex-Straße und der Astheimer Straße im Haushaltsplan 2019

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 20.08.2018 vor.

Herr Stadtrat Kraft erläutert kurz die vorrangigen Planungen zur Sanierung der Adam-Opel-Straße und der Friedhofstraße. Die Planungen für die Sanierung der Walter-Flex-Straße müssen deshalb um 1 Jahr verschoben werden. Im Haushalt 2019 sind die erforderlichen Sanierungskosten bereits eingeplant.

Herr Stadtv. Walczuch erklärt daraufhin, dass der vorliegende Antrag der Fraktion WsR zurückgezogen wird. Er weist jedoch darauf hin, dass Wege gefunden werden müssen, um Missstände zu beseitigen.

TOP 24 Antrag der CDU-Fraktion - Einmalige Verschiebung des Bewerbungsschlusses für das Förderstipendium und den Kulturpreis der Stadt Rüsselsheim

Es liegt der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2018 vor.

Herr Stadtv. Weber erklärt, dass das Datum „01.12.2018“ in Punkt 2) des Antrages ersetzt wird durch das Datum „05.10.2018“.

Herr Bürgermeister Grieser erklärt, dass nach den bestehenden Richtlinien ein klarer Handlungsauftrag des Magistrates gegeben ist, wenn ein genehmigter Haushalt vorliegt. Da die Genehmigung des Haushaltes 2018 nunmehr vorliegt, kann der Magistrat tätig werden.

Daraufhin zieht die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück.

TOP 25 Antrag der CDU-Fraktion - Weihnachtsmarkt 2018

Es liegt der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2018 vor.

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes stellt für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR folgenden Änderungsantrag zu dem vg. Antrag der CDU-Fraktion:

- „1. *Der Weihnachtsmarkt kann 2018 im Verna Park durchgeführt werden.*
2. *Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich mit den bisherigen Veranstaltern Gespräche über die Durchführung des Weihnachtsmarktes ab 2019 und über alternative Standorte aufzunehmen.
Bis spätestens Ende März 2019 ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten und gegebenenfalls sind Beschlussvorschläge vorzulegen.“*

Herr Stadtv. Weber erklärt für die CDU-Fraktion, dass Punkt 6) des Antrages der CDU-Fraktion entfällt. Er beantragt gleichzeitig Einzelabstimmung zu den Punkten des CDU-Antrages.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode erklärt, dass er zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR abstimmen lassen wird.

Daraufhin fordert die CDU-Fraktion, dass zuerst über ihren Antrag abgestimmt wird, da dieser der Ursprungsantrag zu der Thematik und der weitergehende Antrag ist.

Herr Stadtv. Tollkühn erklärt daraufhin, dass der vorliegende Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR als Antrag gestellt wird.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode lässt daraufhin zuerst über den CDU-Antrag abstimmen.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2018:

Abstimmung zu Pkt. 1):

Pkt. 1) des Antrages der CDU-Fraktion:

„1) *Der Weihnachtsmarkt 2018 kann von „Unternehmen Rüsselsheim“ wie im vergangenen Jahr im Verna Park durchgeführt werden.“*

wird mit 24 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 13 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

Abstimmung zu Pkt. 2):

Pkt. 2) des Antrages der CDU-Fraktion:

„2) *Der Veranstalter wird für 2018 von entstehenden Kosten, die durch die Veranstaltung entstehen, freigestellt.“*

wird mit 22 Nein-Stimmen bei 13 Ja-Stimmen und 6 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt**.

Abstimmung zu Pkt. 3):

Pkt. 3) des Antrages der CDU-Fraktion:

„3) *Während der Auf- und Abbauarbeiten wird durch die Verwaltung kontrolliert, ob vom Veranstalter umsichtig und schonend für den Park gehandelt wird.“*

wird mit 21 Nein-Stimmen bei 16 Ja-Stimmen und 4 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt**.

Abstimmung zu Pkt. 4):

Pkt. 4) des Antrages der CDU-Fraktion:

„4) *Etwaige Schäden sind direkt nach der Veranstaltung zu dokumentieren.“*

wird mit 21 Nein-Stimmen bei 15 Ja-Stimmen und 5 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt**.

Abstimmung zu Pkt. 5):

Pkt. 5) des Antrages der CDU-Fraktion:

„5) *Der Stadtverordnetenversammlung ist unverzüglich eine Aufstellung der Kosten sowie der Schäden aus dem Weihnachtsmarkt 2017 vorzulegen. Hierzu gehört auch ein Nachweis, dass die Schäden konkret durch den Weihnachtsmarkt verursacht werden.“*

wird mit 25 Nein-Stimmen bei 15 Ja-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung **abgelehnt**.

Pkt. 6) des Antrages der CDU-Fraktion wurde zurückgezogen.

Abstimmung zu Pkt. 7):

Pkt. 7) des Antrages der CDU-Fraktion:

„7) *Der Stadtverordnetenversammlung wird im ersten Quartal 2019 eine Drucksache zur Entscheidung über den möglichen Standort des Weihnachtsmarktes 2019 vorgelegt.“*

wird mit 23 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen **beschlossen**.

Durch die Beschlussfassung über Pkt. 1) des Antrages der CDU-Fraktion hat sich Pkt. 1. des Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR erledigt, da sie inhaltlich gleich sind.

Abstimmung zu Pkt. 2. des Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR:

Pkt. 2. des Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR:

2. *Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich mit den bisherigen Veranstaltern Gespräche über die Durchführung des Weihnachtsmarktes ab 2019 und über alternative Standorte aufzunehmen.
Bis spätestens Ende März 2019 ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten und gegebenenfalls sind Beschlussvorschläge vorzulegen.“*

wird einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung **beschlossen**.

TOP 26 Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtv. Ohlert stellt folgende Anfragen:

- Die vorgesehene Haushaltseinbringung 2019 in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.10.2018 wurde verschoben. Wann wird der Haushalt 2019 eingebracht?
- Es gibt ein Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers hinsichtlich einer gemeinsamen Sitzung der Stadtverordnetenversammlungen Raunheim und Rüsselsheim zum Thema „AöR“. Wann wird sich der Magistrat mit diesem Thema beschäftigen?

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass die Haushaltseinbringung 2019 im November oder Dezember 2018 erfolgen wird, so dass dieser im Jan/Feb endgültig beschlossen werden kann. Das Thema gemeinsame Sitzung der Stadtverordnetenversammlungen Raunheim und Rüsselsheim zum Thema „AöR“ wird am kommenden Dienstag im Magistrat besprochen.

Eine Anfrage von Herrn Stadtv. Kantopoulos-Kestelidis zu einem möglichen Ausschluss bei unvollständigen Impfausweisen von Kindern in den Kitas wird von Herrn Bürgermeister Grieser dahingehend beantwortet, dass dies nach Auskunft des Rechtsamtes nicht möglich ist, da keine Impfpflicht besteht.

Herr Stadtv. Kleinböhl bezieht sich auf die Aussage von Frau Stadträtin Flörsheimer in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, sich bei Fluglärm telefonisch bei der Fraport zu beschweren. Er teilt mit, dass er bei Fraport mehrfach angerufen habe, dort entweder in eine Warteschleife kam oder ein Anrufbeantworter mitteilte, man werde zurückrufen, was jedoch nicht geschah. Herr Stadtv. Kleinböhl moniert, dass dies nicht sehr bürgernah sei.

Herr Stadtv. Kleinböhl erklärt weiterhin, dass die Parksituation rund um den Bahnhof in den Abendstunden sehr chaotisch sei. Es werde aggressiv geparkt und der durchgehende Verkehr behindert. Dies schade dem Image von Rüsselsheim.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt zum Thema Fluglärm mit, dass beim Wirtschaftsminister in einem Schreiben des Magistrates nachgefragt wurde, wie viele Flugbewegungen bei

Ostwindwetterlage ab 23.00 Uhr erfolgen. Eine Beantwortung ist bisher noch nicht erfolgt, auf Nachfrage wurde jedoch mitgeteilt, dass eine ausführliche Antwort demnächst erfolgen wird. Herr Oberbürgermeister Bausch sagt zu, bei der Fraport nachzufragen, ob bei Beschwerden auch zurückgerufen wird.

Zur Parksituation um den Bahnhof teilt Herr Oberbürgermeister Bausch mit, dass die Verwaltung das Problem erkannt hat. Es werden Stellenerhöhungen im Bereich der Hilfspolizeibeamten erfolgen. Weiterhin wird ab November ein privater Sicherheitsdienst eingesetzt. Die Straßenverkehrsbehörde ist derzeit in Gesprächen mit Unternehmen um Lösungen zu finden.

Herr Stadtv. Schneckenberger fragt, ob die vorgesehenen Ergänzungspflanzungen auf dem Marktplatz in diesem Jahr noch umgesetzt werden. Er spricht des Weiteren das Umfeld der Opelvillen an, das seit Jahren in der Diskussion ist. Hierfür stehen Mittel im Haushalt zur Verfügung. Er fragt nach dem Planungsstand bzw. wann mit den Planungen begonnen wird.

Herr Stadtrat Kraft regt an, das Thema Ergänzungspflanzungen auf dem Marktplatz in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen.

Grundsätzlich sei jetzt die geeignete Zeit, um Bäume zu pflanzen.

Man wolle jedoch zuvor noch einen Konsens mit den Marktbesckern anstreben.

Zum Planungsstand des Umfeldes der Opelvillen teilt er mit, dass noch einiges in der Schwebe ist und sich in parlamentarischer Zuständigkeit befindet.

Herr Stadtv. Wagner bittet um Prüfung, ob das Lachebad bereits vormittags geöffnet werden kann und nicht erst ab 15.00 Uhr. Er fragt weiterhin nach einer Abgrenzung der Schwimmfläche.

Herr Oberbürgermeister Bausch sagte eine Prüfung zu.

Herr Stadtv. Höfeld fragt nach dem Einsatz von Herbiziden und Pestiziden auf Pachtflächen der Stadt Rüsselsheim. Die Anfrage ist dem Protokoll beigefügt.

Sie wird gemäß Aussage von Herrn Stadtrat Kraft schriftlich beantwortet, der darum bittet solche komplexen Anfragen grundsätzlich schriftlich zu stellen.

Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer teilt mit, dass auf „Facebook“ berichtet wurde, Herr Oberbürgermeister Bausch habe eine Konferenz mit dem türkischen Kulturverein „Graue Wölfe“ abgehalten. Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer möchte wissen, warum man sich traf und was das Ergebnis dieser Konferenz war.

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass er einen offenen multikulturellen Dialog führt. Es handelte sich hier nicht um eine Konferenz, sondern um ein Gespräch, das in seinem Büro im Rathaus stattfand. Das Gespräch hatte kein Ergebnis.

Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer fragt nach der Genehmigung eines Infostandes der „Realität Islam“ in der Rüsselsheimer Innenstadt.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass es weder einen Antrag noch einen Bescheid der Stadt zu diesem Infostand gab, er lässt die Angelegenheit überprüfen.

Herr Stadtv. Ohlert berichtet, dass sich in den Morgenstunden vor den Fahrkartenautomaten am Bahnhof Bettler*innen niederlassen. Er bittet um Prüfung, ob es sich hier evtl. um organisiertes Betteln handelt.

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass die Verwaltung der Sache nachgehen und die Stadtpolizei angewiesen wird, Kontrollen durchzuführen. Er weist jedoch darauf hin, dass auf dem Bahnhofsgelände die DB das Hausrecht hat.

Frau Stadtv. Ben-Fadhel berichtet, dass sie regelmäßig nach Frankfurt/M. mit der S-Bahn fährt und immer wieder Frauen auf Decken und mit Kinderwagen beim Betteln im und um den Bereich des Bahnhofes beobachtet. Auch sei am Wochenende viel los um das Bahnhofsviertel. So werden dort Betrunkene beobachtet und es kommt öfters zu Krawallen. Sie regt an, dort auch am Wochenende vermehrt Kontrollen durchzuführen.

Herr Oberbürgermeister Bausch erklärt, dass der Bereich der Bahnsteige und der Unterführungen zum Bereich der DB gehört. Die Bundespolizei wird jedoch angemahnt, dort häufiger zu kontrollieren.

Herr Stadtv. Biedert fragt, ob schwere Fahrzeuge den Bäumen auf dem Marktplatz schaden, da diese nicht durch Metallscheiben geschützt sind.

Herr Stadtv. Krug äußert sein Unbehagen darüber, die „Stadt von Bettlern zu säubern“.

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass der Fokus darauf liegt, dass der Verkehr am Bahnhof ordnungsgemäß fließen und der Bahnhof von den Fahrgästen sicher genutzt werden kann. Wenn dort organisiertes Betteln stattfindet, muss man sich darum kümmern.

Prof. Dr. Mathias Flörsheimer
Stadtverordneter
Königsberger Str. 23
65428 Rüsselsheim
E-Mail: florshg@web.de
Tel.: 06142/2204764

15. August 2018

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
z. Hd. Frau Breunig

Bewohnerparkzone
Antrag zur Verweisung

Antrag

Der Magistrat erarbeitet eine Satzung für eine Bewohnerparkzone im Bereich Hochschule RheinMain, GPR-Klinikum und Lachebad. Bis zur Einrichtung der Parkzone soll genügend Zeit vorgesehen werden, in der die betroffenen Institutionen (Hochschule, Klinik, Stadt) ausreichend Parkraum für ihre Besucher, Mitarbeiter und Studierende schaffen können und in der die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr verbessert werden kann.

Begründung

Anwohner des Gebiets klagen immer wieder, dass sie in ihren Straßen kaum Parkplätze finden, da Studierende der Hochschule, Besucher und Mitarbeiter des Klinikums sowie Besucher des Bades die Straßen „zuparken“.

Mathias Flörsheimer



04.09.2018

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Änderungsantrag zu DS 371/16-21 „Green-City“

In B.1. wird im letzten Satz die Formulierung
"Beratungs- und beschlussbedürftige Maßnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung
nach entsprechender Ausarbeitung durch die Verwaltung vorzulegen"
ersetzt durch:
"Alle in der Drucksache angeführten Maßnahmen sind vor der Umsetzung der
Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen."

Begründung:

Durch die Formulierungsänderung wird präzisiert, dass für alle Maßnahmen die
Stadtverordnetenversammlung das letztendliche Entscheidungsrecht über die
Umsetzungen behält.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz
Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität

WSR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 20.08.2018

**Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim am 06.09.2018**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2019 in den Investitionshaushalt Mittel für die Sanierung der Walter-Flex-Straße und der Astheimer Straße einzuarbeiten.

Begründung:

Oberbürgermeister Udo Bausch hat in den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2018 angekündigt, die Stadtverordneten in Zukunft frühzeitiger in das Verfahren einzubinden. Hiervon wollen wir mit diesem Antrag Gebrauch machen.

Eine Sanierung beider Straßen ist sicherlich unbestritten dringend notwendig. Mit dem Beschluss beide Maßnahmen schon frühzeitig in den Haushaltsplan einzuarbeiten, verleiht die Stadtverordnetenversammlung dieser Forderung den notwendigen Nachdruck und stellt eine belastbare Kalkulation und Finanzierung der Maßnahmen sicher.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim





An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim

Fraktion der CDU
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert
Fraktionsvorsitzender
Rathaus / Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer:
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 28.08.2018

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung gemäß § 17 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die einmalige Verschiebung des auf den 15.08.2018 terminierten Bewerbungsschlusses für das Förderstipendium und den Kulturpreis der Stadt Rüsselsheim.
- 2) Der neue Bewerbungsschluss für das Jahr 2018 ist der 01.12.2018.

Begründung:

Aufgrund der noch ausstehenden Genehmigung des Haushalts ist es in diesem Jahr erneut nicht möglich, das Förderstipendium und den Kulturpreis zu verleihen. Eine einmalige Verschiebung der Bewerbungsfrist verfolgt das Ziel, dass der Kulturpreis und das Förderstipendium im Jahr 2018 vergeben werden können, wenn bis zum 01.12.2018 eine Genehmigung des Haushalts vorliegt. Für die Kulturschaffenden der Stadt Rüsselsheim bieten das Förderstipendium und der Kulturpreis die Möglichkeit einer Anerkennung des Engagements in der Stadt und eine wichtige Unterstützung.

Michael Ohlert
CDU Fraktion



An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim

Fraktion der CDU
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert
Fraktionsvorsitzender
Rathaus / Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer:
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 28.08.2018

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung gemäß § 17 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Der Weihnachtsmarkt 2018 kann von „Unternehmen Rüsselsheim“ wie im vergangenen Jahr im Verna Park durchgeführt werden.
- 2) Der Veranstalter wird für 2018 von entstehenden Kosten, die durch die Veranstaltung entstehen, freigestellt.
- 3) Während der Auf- und Abbauarbeiten wird durch die Verwaltung kontrolliert, ob vom Veranstalter umsichtig und schonend für den Park gehandelt wird.
- 4) Etwaige Schäden sind direkt nach der Veranstaltung zu dokumentieren.
- 5) Der Stadtverordnetenversammlung ist unverzüglich eine Aufstellung der Kosten sowie der Schäden aus dem Weihnachtsmarkt 2017 vorzulegen. Hierzu gehört auch ein Nachweis, dass die Schäden konkret durch den Weihnachtsmarkt verursacht wurden.
- 6) Entstehende Kosten zur Wiederherstellung des Parks sind zu je 33,3% aus den Budgets der drei Dezernate zu decken.
- 7) Der Stadtverordnetenversammlung wird im ersten Quartal 2019 eine Drucksache zur Entscheidung über den möglichen Standort des Weihnachtsmarktes 2019 vorgelegt.

Begründung:

Der Rüsselsheimer Weihnachtsmarkt hat durch den neuen Veranstaltungsort im Verna Park eine positive Ausstrahlung über die Stadtgrenzen entwickelt und viele auswertige Besucher herangezogen. Eine Fortsetzung der Veranstaltung an diesem Ort mit Alleinstellungsmerkmal sollte angestrebt werden und im Interesse aller Rüsselsheimer liegen.

Den ehrenamtlichen Organisatoren muss Planungssicherheit für 2018 gegeben werden. Dies ist nur durch eine sofortige Entscheidung möglich.

Um für die Zukunft eine solide Basis zur Entscheidung zu haben, ist eine ordentliche Dokumentation der Veranstaltung sowie der draus entstehenden Folgen und Kosten unverzichtbar. Dies liegt für eine Entscheidung in diesem Jahr nicht vor.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

Walter Höfeld

Diplom-Kaufmann
Stadtverordneter

Bensheimer Straße 71 A
65428 Rüsselsheim am Main
Tel.: 06142 / 32602
06.09.2018

W. Höfeld, Bensheimer Str. 71A, 65428 Rüsselsheim

Der Magistrat der
Stadt Rüsselsheim am Main
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Anfrage zum Einsatz von Herbiziden und Pestiziden auf Pachtflächen der Stadt Rüsselsheim

Sachverhalt:

Die Grünflächenpflege ist von der Stadt Rüsselsheim an den Städteservice Raunheim Rüsselsheim übertragen worden. Deshalb habe ich als Mitglied des Verwaltungsrates des STS dort nach dem Einsatz von Herbiziden und Pestiziden gefragt. Da dies erst kurzfristig geschah, konnte noch keine Antwort gegeben werden.

Die Stadt Rüsselsheim ist jedoch auch Verpächter von Grundstücken, die überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt werden. Deshalb folgende

Fragen:

1. Gibt es bei Grundstückspachtverträgen eine Regelung zum Einsatz von Herbiziden und Pestiziden durch den Pächter?
2. Inwieweit wird bei der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen berücksichtigt, ob dies ökologisch bewirtschaftet werden und wirkt sich das auf die Höhe des Pachtzinses aus?



W. Höfeld